

Gemeindebetriebe

Zweiter Band

Zehnter Teil

Die Gemeindebetriebe in den Städten,
Kreisen und Landgemeinden
des Oberschlesischen Industriebezirks

Von
Heinrich Lücker



Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik
herausgegeben von
Carl Johannes Fuchs



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

129. Band. Zehnter Teil.

Gemeindebetriebe.

Neuere Versuche und Erfahrungen über die
Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland
und im Ausland.

Dritter Band.

Zehnter Teil.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1910.

Die Gemeindebetriebe

in den

Städten, Kreisen und Landgemeinden
des Oberschlesischen Industriebezirks.

Von

Dr. Heinrich Lücker,

besoldetem Gemeindevorsteher in Roßberg, O.-S.

Der Gemeindebetriebe zweiter Band. Zehnter Teil.

Mit einer Karte des Oberschlesischen Industriebezirks.

Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik

herausgegeben von

Carl Johannes Fuchs.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1910.

Alle Rechte vorbehalten.

Pierrefche Hofbuchdruckerei
Stephan Weibel & Co.
Altenburg

V o r w o r t.

Die vorliegende Arbeit bezweckt die Darstellung der Gemeindebetriebe eines dicht bevölkerten Industriezentrums, dessen Gemeinden, von den Städten abgesehen, erst den letzten Jahrzehnten ihre Entstehung verdanken. Die Untersuchung erstreckt sich über 6 Städte, 4 Landkreise, unter ihnen einer mit vorwiegend ländlichem Charakter und 31 industrielle Landgemeinden über 5000 Einwohner. Das Material ist vorwiegend den Stats und Verwaltungsberichten der Städte und Kreise sowie den Haushaltsplänen der Landgemeinden entnommen worden. Verwaltungsberichte der Landgemeinden sind leider noch nicht erschienen.

Die Untersuchungen legen den Hauptwert auf die volkswirtschaftliche und finanzwissenschaftliche Seite der Betriebsverwaltungen. Wir haben davon abgesehen, auf die sozialpolitischen Verhältnisse, insbesondere auf die der Arbeiter der Betriebe, näher einzugehen. Die bisher erschienenen Arbeiten haben hierüber erschöpfendes Material ergeben.

Auf der Wiener Tagung ist das finanzielle gegen das politische Moment der Gemeindebetriebe zurückgetreten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die wachsende Klientel städtischer Angestellter und Arbeiter die Kämpfe um die Macht in den Stadtparlamenten in den kommenden Jahren in steigendem Maße beeinflussen wird. Die Gefahr liegt unzweifelhaft vor, daß die Parteien bei den Wahlkämpfen durch Versprechungen um die Stimmen der städtischen Beamten und Arbeiter werben werden. Ganz abgesehen von den Gefahren, die hierin für die Disziplin liegen, ist auch die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen, daß ein derartiges Hineinziehen der städtischen Verwaltung in die Wahlkämpfe ein Hemmnis für die gesunde Entwicklung unserer Städte bildet. Unseres Erachtens kann es hier nur ein Heilmittel geben, so radikal es auch sein mag. Das Wahlrecht der Beamten und Arbeiter zu den Gemeindevertretungen muß ruhen, so lange sie sich im Dienste der Stadt befinden. Hingegen werden die hiervon Betroffenen in anderer Weise für die Verkürzung ihrer politischen Rechte entschädigt werden

müssen. Dies kann durch die Bildung von Beamten und Arbeiterausschüssen geschehen, die den Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung ihrer Wünsche geben.

Wenn ich die vorliegenden Untersuchungen der Öffentlichkeit übergebe, so geschieht dies nicht ohne Bedenken, denn die Ergebnisse dieser Arbeit weichen in manchen Punkten von der herrschenden Meinung ab. Ich würde mich freuen, wenn diese Schrift zur Vertiefung der von mir berührten Probleme führen würde.

Rosßberg=Beuthen, D.:S., den 20. Dezember 1909.

Der Verfasser.

Inhalt.

	Seite
I. Wirtschaftliche und kommunale Verhältnisse des Industriebezirks . . .	1
II. Die Träger des Munizipalsozialismus	12
III. Das System des Munizipalsozialismus	15
a) Betriebe zur Befriedigung des Konsums	15
1. Gaswerke	15
2. Wasserversorgung	20
3. Elektrizitätsversorgung	24
4. Märkte, Markthallen	31
b) Betriebe zur Befriedigung des Kredits	36
5. Sparkassen	36
6. Kreisbanken	47
7. Leihhäuser	49
c) Betriebe im Dienste des Verkehrs	50
8. Kleinbahnen	50
d) Betriebe im Dienste der Gesundheitspflege	54
9. Schlachthöfe	54
10. Kanäle, Müllverbrennung	56
e) Betriebe im Dienste der Polizei und der öffentlichen Sicherheit	61
11. Kommunale Wach- und Schließanstalten	61
12. Polizeibauämter	61
f) Betriebe zur Förderung der Landwirtschaft	62
13. Betriebe zur Hebung der Viehzucht	62
14. Kreisbaumschule	63
15. Kreisviehversicherung	63
g) Betriebe im Dienste der Kunst und der Volksbildung	64
16. Theater, Volksheime	64
h) Grundeigentum	65
17. Bodenpolitik	65
18. Parkanlagen	67
IV. Die finanzielle Bedeutung der Gemeindebetriebe	69
V. Schluß. Rückblick	80

I.

Wirtschaftliche und kommunale Verhältnisse des Industriebezirks.

Das oberschlesische Industriezentrum ist das einzige des deutschen Ostens. Von Zollschranken umgeben, liegt es im äußersten Südosten des Staates an der Dreikaiserreichsecke. Seine Förderstühle und Essen sind die Wahrzeichen, die deutscher Unternehmungsgeist und deutsche Tüchtigkeit an der Grenze abendländischer Kultur errichtet haben.

Das Land gehört seit der Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen zu Preußen. Die Sprache der Mehrheit seiner Bewohner ist nicht die deutsche. Es ist ein Dialekt ohne eigene Literatur und Grammatik, ein Gemisch von Mährisch, Deutsch und Polnisch, das „Wasserpölnische“, das sich in wesentlichen Punkten vom Hochpölnischen unterscheidet. Ausnahmslos deutsch ist die Oberschicht der höheren Staats- und Privatbeamten, vorwiegend deutsch der Mittelstand. Der breite Unterbau der Arbeiterbevölkerung ist meist slavisch. In den Städten überwiegt die deutsche Bevölkerung. In den Landgemeinden ist drei Viertel der Einwohner polnisch. Von den 785 000 Einwohnern des Bezirkes sprechen 275 000 Deutsch, 30 000 Deutsch und Polnisch und 470 000 Polnisch. Selbst wenn man die Doppelsprachigen zu den Deutschen rechnet, entfallen noch immer 60 % auf die fremdsprachige Bevölkerung.

Oberschlesien verdankt seine Entwicklung seinem Reichtum an Bodenschätzen. Am häufigsten ist das Vorkommen von Kohle. Daneben finden sich oft auf denselben Feldern hochwertige, meist mit Blei vermengte Zinkerze. Die Eisenerze sind bis auf geringe Reste abgebaut. Ein ansehnlicher Teil der Kohlen wird nach auswärts verfrachtet. Sie gehen nach Österreich und Ostdeutschland. Ihr Absatz erstreckt sich bis in die Gegend von Berlin, das mit englischer und schlesischer Kohle seinen Bedarf deckt. Die Arbeiterbevölkerung ist dank einer langen bergmännischen Tätigkeit für den Abbau der Kohle vortrefflich geschult. Minder günstig steht es um die Veredelungsproduktion, um deren Verpflanzung in den Bezirk sich die Großindustrie anerkannte Verdienste erworben hat. Die Zinkerzeugung Oberschlesiens war bis vor wenigen Jahren die bedeutendste der Welt, als sie von der Vereinigten Staaten überholt wurde. Der hohe Wert und die Seltenheit

dieses Metalls sichern ihm einen unbeschränkten Wettbewerb in Mitteleuropa. Weniger günstig steht es mit der Eisenindustrie. Ihre Erze werden von geringen Mengen abgesehen aus Schweden, oft auch aus anderen Ländern bezogen. Der extreme Zollschutz, den Rußland seiner Eisenindustrie gewährt, kommt dem Einfuhrverbot deutscher Fabrikate gleich. Nicht ganz so schlimm, aber auch nicht zum besten ist es mit der Ausfuhr nach Österreich-Ungarn bestellt. Für die reichsdeutschen Absatzgebiete liegt der oberschlesische Eisenmarkt nicht günstig. Es fehlen ihm Wasserstraßen, die der schweren Industrie des Westens und der an den Seeküsten sich ansiedelnden ihren Wettkampf erleichtern. Die Hochofen liegen 50 km von der Oder. Der unter Friedrich dem Großen erbaute Klodnikkanal zweigt bei Kosel ab und endigt in Gleiwitz, dem äußersten Westen des Industriebezirks. Er hat zu geringe Breite und Tiefe, als daß er für den Wassertransport in Frage käme. So ist denn die Industrie vorzugsweise auf den Schienenweg angewiesen. Die Eisenindustrie befindet sich zurzeit im zweiten Stadium. Das in den Hochofen gewonnene Material wird zu Schienen und Röhren verarbeitet. Eine neue der Vereblung des Roheisens sich widmende Industrie ist in mächtiger Ausdehnung begriffen. Die Zahl der Maschinenfabriken nimmt zu. Zur vierten Stufe, zur Feinmechanik, sind erst wenige Ansätze vorhanden. Von der Entwicklung dieses Zweiges wird zu einem großen Teil die des Bezirkes abhängen, soll er nicht zu einem reinen Kohlenrevier werden.

Der Bergbau blickt auf ein hohes Alter zurück. Die älteste und bedeutendste Privatunternehmung, die Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben, ist in das dritte Jahrhundert ihres bedeutsamen Wirkens getreten. Die neuere Entwicklung des Bergbaues knüpft sich an den Namen zweier Männer, des Freiherrn von Heinitz, den Friedrich II. 1770 an die Spitze der Preussischen Bergwerks- und Hüttenverwaltung stellte, und den des Oberberghauptmannes Freiherrn von Reden, seines späteren Nachfolgers, des Begründers des fiskalischen Berg- und Hüttenbetriebes in Oberschlesien. Der Aufstieg des Industriezentrums zu seiner heutigen Bedeutung ist ein Werk der Neuzeit. Es verdankt sie dem Eisenbahnbau. Vom Fiskus und von Giesches Erben abgesehen, ist die Entwicklung in erster Linie der wirtschaftlichen Betätigung der Magnaten zu verdanken, deren bedeutendster und erfolgreichster uns in dem Fürsten Händel von Donnersmarck entgegentritt. Neben ihnen haben auch andere Unternehmer, die Gunst der Verhältnisse benutzend, bedeutende Betriebe geschaffen. Wir nennen die Thiele-Windlerschen Werke, jetzt Rattowitzer Aktiengesellschaft, die von Karl Godulla begründeten heute Gräflich Schaffgotschschen Besitzungen und andere. Die

Hütten- und Maschinenindustrie verdankt ihre Entstehung mehr dem Privatkapital, so das Borfigwerk, die Bismarckhütte und die Friedenshütte.

Das Industriezentrum deckt sich mit Ausnahme der früher zum Kreise Loß-Gleiwitz gehörenden Stadt Gleiwitz mit dem alten Gesamtkreis Beuthen. 1849 hatte dieser nur 85 000 Einwohner. Sein nördlich von Tarnowitz gelegener Teil hat seinen landwirtschaftlichen Charakter bewahrt. Die Strecke Gleiwitz-Myslowitz (35 km) bildet die Grundlinie des Dreiecks, dessen größte Breite zwischen Tarnowitz und Antonienhütte (20 km) gemessen wird. Neuerdings zieht sich der Bergbau nach dem südlich liegenden Kreis Pleß. Zu Städte Neubildungen ist es in ihm noch nicht gekommen. Der Tarnowitzer Bergbau, der älteste des Landes, hat seine einstige Bedeutung eingebüßt. Der Industriebezirk besaß seit alters her vier Städte. Gleiwitz und Myslowitz im Osten und Westen, Tarnowitz im Norden und Beuthen in der Mitte. Zu ihnen sind im Laufe der Zeit nur zwei hinzugekommen, Königshütte und Rattowitz. Der ländliche Teil des Kreises trug vor 50 Jahren vorwiegend das markante Gepräge der Latifundienwirtschaft. Er umfaßte 84 selbständige Gutsbezirke und 109 Landgemeinden. Keine einzige von ihnen wies eine für heutige Verhältnisse bemerkenswerte Bevölkerung auf.

Der 1. Januar 1874 bedeutete den Wendepunkt für die kommunale Verfassung. Der alte Gesamtkreis Beuthen wurde aufgelöst. Der Norden wurde zum Landkreis Tarnowitz erhoben, während für den Osten und Westen neue Kreise, Zabrze und Rattowitz, gebildet wurden. Die Mitte blieb als Restkreis Beuthen erhalten. Nach der Kreisordnung von 1872 können Städte über 25 000 Einwohner ihre Erhebung zu Stadtkreisen beantragen. Hiervon haben Rattowitz, Beuthen und Königshütte Gebrauch gemacht. Die gewaltige Entwicklung in neuerer Zeit findet ihren trefflichen Ausdruck in der Bevölkerungsziffer:

Nach der Zählung von 1905 betrug die Einwohnerzahl:

		1908
Gleiwitz (Stadt)	61 000	—
Tarnowitz	69 000	73 000
Beuthen (Stadt)	60 000	—
Beuthen (Land)	168 000	181 000
Königshütte	66 000	—
Zabrze	139 000	150 000
Rattowitz (Stadt)	35 000	41 000
Rattowitz (Land)	183 000	197 000
insgesamt	<u>781 000</u>	